



Körperschaft des öffentlichen Rechts

Siebter Tätigkeitsbericht  
des Beauftragten für den Datenschutz  
(Berichtszeitraum 1. Oktober 2005 - 30. September 2007)

## Inhaltsverzeichnis

A.	Vorbemerkung .....	4
B.	Aufgaben und Stellung des Beauftragten für den Datenschutz im Deutschlandradio .....	4
C.	Entwicklung des Datenschutzrechts.....	6
I.	Bundesdatenschutzgesetz .....	6
II.	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) .....	6
III.	Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung usw. ....	7
IV.	Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 23.2.2007 zur Videoüberwachung öffentlicher Plätze .....	8
D.	Datenschutz beim Deutschlandradio .....	9
I.	Ausstattung mit eigenen finanziellen Mitteln.....	9
II.	Veröffentlichung des Datenschutzberichts .....	9
III.	Aktuelle Vorgänge im Berichtszeitraum.....	9
1.	Dienstvereinbarung Internetnutzung.....	10
2.	Videoüberwachung.....	10
a)	Berliner Funkhaus .....	11
b)	Kölner Funkhaus .....	11
c)	Dienstvereinbarung Videoüberwachung.....	12
3.	Automatischer Einlass: Kartenlesegeräte. ....	12
4.	Internet Foren .....	12
5.	timeBase.....	13
6.	Urlaubsanträge freier Mitarbeiter .....	13
7.	Adressliste im Programm.....	14
8.	Verwendung von Hörerdaten für eigene Werbezwecke .....	14
9.	Remotezugriff auf Ressourcen des Deutschlandradios .....	14
E.	Datenschutz bei der GEZ.....	15
F.	IVZ .....	16
I.	BSI Zertifizierung .....	16
II.	Dokumentenmanagementsystem .....	16
G.	Informationsaustausch.....	17
I.	KIT-Sitzungen .....	17
II.	AK-DSB.....	17
III.	Art. 29-Gruppe.....	18

H. Schlussbemerkungen .....19

#### A. Vorbemerkung

Der Beauftragte für den Datenschutz erstattet nach § 18 Abs. 7 des Staatsvertrages über die Körperschaft des öffentlichen Rechts „Deutschlandradio“ (Deutschlandradio-Staatsvertrag – DLR-StV –) dem Verwaltungsrat alle zwei Jahre einen Bericht über seine Tätigkeit.

Der siebte Tätigkeitsbericht schließt an den sechsten Bericht für den Zeitraum vom 1. Oktober 2005 bis 30. September 2007 an.

In dem vorliegenden Bericht werden allgemeine Entwicklungen des Datenschutzes sowie datenschutzrechtlich relevante Veränderungen und Problemstellungen innerhalb des Deutschlandradios während des Berichtszeitraums dargestellt. Förmliche Beanstandungen, die in dem Verfahren nach § 18 Abs. 5 DLR-StV hätten bearbeitet werden müssen (Beanstandung beim Intendanten und gleichzeitige Unterrichtung des Verwaltungsrats), waren im Berichtszeitraum nicht auszusprechen.

Ich bin in der Sitzung des Verwaltungsrates vom 7.11.2002 mit Wirkung ab dem 1.12.2002 für vier Jahre zum Beauftragten für den Datenschutz des Deutschlandradios bestellt worden. Die Übertragung des Amts ist in der Sitzung vom 24.10.2006 um vier Jahre verlängert worden. Da ich aus dem Dienst des Deutschlandradios ausgeschieden bin, werde ich das Amt nach Erstattung des vorliegenden Berichts niederlegen.

Ich habe die Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten neben meiner Beschäftigung im Justitiariat des Deutschlandradios wahrgenommen.

#### B. Aufgaben und Stellung des Beauftragten für den Datenschutz im Deutschlandradio

Nach § 18 Abs. 3 DLR-StV überwacht der Beauftragte für den Datenschutz die Einhaltung der Datenschutzvorschriften des Deutschlandradio-Staatsvertrages, des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und anderer Vorschriften über den Datenschutz bei der gesamten Tätigkeit der Körperschaft.

Aufgrund § 17 DLR-StV gilt das BDSG bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten zu eigenen journalistischen oder literarischen Zwecken nur eingeschränkt in Bezug auf das

Datengeheimnis und die Datensicherung (sog. „Medienprivileg“). Diese eingeschränkte Geltung hat ihren Hintergrund in der grundgesetzlich geschützten Presse- und Rundfunkfreiheit und soll die redaktionelle Sammlung von personenbezogenen Daten ermöglichen. Soweit die Rundfunkanstalten dagegen personenbezogene Daten von Rundfunkteilnehmerinnen und -teilnehmern oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Verwaltungszwecke verarbeiten, unterliegen sie in vollem Umfang den Bestimmungen der Datenschutzgesetze, hier dem BDSG.

In Ausübung seines Amtes ist der Beauftragte für den Datenschutz nach § 18 Abs. 2 DLR-StV unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Er untersteht der Dienstaufsicht des Verwaltungsrates. Nach § 16 DLR-StV sind die Vorschriften des BDSG entsprechend anzuwenden. Gemäß § 16 DLR-StV i.V.m. § 4g BDSG und § 18 DLR-StV ergeben sich folgende Aufgaben:

- Kontrolle aller Bereiche, die personenbezogene Daten verarbeiten,
- Mitwirkung bei der Planung von Vorhaben, die der automatisierten Verarbeitung von Daten dienen,
- Schulung von Mitarbeitern im Bereich Datenschutz,
- Beanstandung von Verstößen gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen oder sonstige Mängel bei der Verarbeitung personenbezogener Daten bei dem Intendanten, verbunden mit der Aufforderung zur Behebung der Mängel,
- Untersuchung von Beanstandungen von betroffenen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern bzw. Dritter.

Der Aufgabenkatalog verdeutlicht, dass der Beauftragte für den Datenschutz an die Stelle eines staatlichen Datenschutzbeauftragten tritt. Er tut dies im gesamten Aufgabenbereich der Körperschaft. Es liegt also keine „gespaltene Zuständigkeit“ vor wie bei verschiedenen Landesrundfunkanstalten, bei denen der Rundfunkdatenschutzbeauftragte nur im Bereich des Redaktionsdatenschutzes an die Stelle des staatlichen Landesdatenschutzbeauftragten tritt. Er prüft, ob die betrieblich Verantwortlichen die Bestimmungen des Datenschutzes beachten und leistet Hilfestellung. Er nimmt nicht die Aufgaben eines betrieblichen Datenschutzbeauftragten i.S.d. § 4f BDSG wahr. Es gehört daher nicht zu seinen

Aufgaben, für die betriebsinterne Organisation des Datenschutzes und für die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen zu sorgen. Diese Aufgabe obliegt vielmehr dem Intendanten als oberstem Dienstherrn bzw. den von ihm beauftragten Personen bzw. Stellen.

### C. Entwicklung des Datenschutzrechts

Im Folgenden soll ein kurzer allgemeiner Überblick über Entwicklungen im Bereich des Datenschutzrechts im Berichtszeitraum gegeben werden.

#### I. Bundesdatenschutzgesetz

Im Jahre 2006 ist durch das „Erste Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere der mittelständischen Wirtschaft“ auch das BDSG geändert worden. Die Änderungen betreffen ausschließlich den nicht-öffentlichen Bereich. So wurde etwa der Beschäftigten Schwellenwert, der überschritten werden muss, bevor ein betrieblicher Datenschutzbeauftragter bestellt werden muss, von 5 auf 10 Personen hoch gesetzt (§ 4 f Abs. 1). Der betriebliche Datenschutzbeauftragte hat nun einen gesetzlichen Beratungsanspruch ggü. den Aufsichtsbehörden.

Die Änderungen sind für den Bereich des Deutschlandradios nicht von Belang.

#### II. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Das AGG, das im August 2006 in Kraft getreten ist, hat eine Vielzahl von Auswirkungen auf die betriebliche Praxis vor allem in Fragen des Einstellungsverfahrens. Hier hat es auch datenschutzrechtliche Relevanz. Denn bisher bestand keine Berechtigung, Bewerbungsunterlagen und Aufzeichnungen zum Bewerbungsverfahren aufzubewahren, wenn die Entscheidung gefallen war, dass ein Bewerber nicht ausgewählt werden würde oder wenn das Bewerbungsverfahren insgesamt abgeschlossen war. Nach dem AGG besteht im Fall der Diskriminierung jedoch ein Schadensersatzanspruch, der nicht zur Voraussetzung hat, dass die Bewerberin oder der Bewerber ohne das behauptete diskriminierende Verhalten eingestellt worden wäre (§ 15 Abs. 2 AGG). Dieser Anspruch muss binnen zwei Monaten nach Zugang der Ablehnungsmitteilung geltend gemacht werden (§ 15 Abs. 4 AGG). Solange besteht daher ein Interesse des Arbeitgebers, Unterlagen aufzubewahren. Das gilt umso mehr, weil nach § 22 AGG der Arbeitnehmer nur Umstände nachweisen muss, die

eine Benachteiligung vermuten lassen. Es ist dann Sache des Arbeitgebers, darzulegen und zu beweisen, dass eine Benachteiligung nicht vorgelegen hat bzw. gerechtfertigt ist.

### III. Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung usw.

Vor der Sommerpause hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG verabschiedet. Nach dem neuen Gesetz, das im September 2007 im Rechtsausschuss beraten wurde, soll u.a. eine Verpflichtung bestehen, die Verbindungsdaten aller Telefongespräche (Ausgangs- und Zielrufnummer, Verbindungsdauer, Datum) und die entsprechenden Daten bei der Internetkommunikation verdachts- und anlassunabhängig zu speichern. Bei Gesprächen unter Beteiligung eines Mobilgeräts soll auch der Standort gespeichert werden. Die Speicherdauer soll sechs Monate betragen (§§ 113a, 113b TKG-RegE). Bisher dürfen solche Daten nur solange gespeichert werden, wie der Nutzer das erlaubt hat (bis zu 90 Tage) oder solange sie für Abrechnungszwecke benötigt werden.

Nach den Vorstellungen der beteiligten Ausschüsse des Bundesrats soll die Speicherdauer gar auf ein Jahr ausgeweitet werden. Zudem soll eine heimliche Onlinedurchsuchung in das Gesetz aufgenommen werden, die auch schon bei einfachen Straftaten Sicherheitsbehörden erlaubt, ohne Kenntnis des Nutzers die Festplatten von Computern zu durchsuchen.

Diese Regelungen ermöglichen in Zukunft nicht nur die Erstellung eines umfassenden Bildes der privaten und beruflichen Kommunikation jedes Bürgers, sondern über die Speicherung von IP-Adressen lassen sich die Interessen und Vorlieben von Bürgern nachvollziehen. Das gilt umso mehr, sollte die Onlinedurchsuchung Gesetz werden. Dies hat auch gravierende Auswirkungen auf die journalistische Praxis. Denn mithilfe der genannten Daten kann auch die gesamte berufliche Kommunikation von Journalisten nachvollzogen werden. Insbesondere der Informantenschutz, der unabdingbar für eine freie Presse ist, ist so nicht mehr zu gewährleisten. Das gilt umso mehr, wenn man die erweiterten Verwendungsmöglichkeiten bedenkt, die den Strafverfolgungsbehörden nach §§ 97 ff StPO-Reg-E eingeräumt werden sollen.

#### IV. Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 23.2.2007 zur Videoüberwachung öffentlicher Plätze

In dem Beschluss vom 23.2.2007 (1 BvR 2368/06) beschäftigte sich das BVerfG mit der Zulässigkeit einer Videoüberwachung öffentlicher Plätze durch eine Gemeinde und erklärte diese mangels ausreichender Rechtsgrundlage für verfassungswidrig. Die Gemeinde hatte den Bereich einer für jedermann offenen Begegnungsstätte unter freiem Himmel mit einer auch Aufzeichnungen anfertigenden Videoanlage überwachen wollen, nachdem es in diesem Bereich mehrfach zu „Vorfällen“ gekommen war. Mangels spezialgesetzlicher Rechtsgrundlage stützte sie sich auf zwei Regelungen des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG), die allgemein Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von personenbezogenen Daten betreffen.

Das BVerfG stellte fest, dass die Videoüberwachung mit Aufzeichnung einen Eingriff von erheblichem Gewicht in das allgemeine Persönlichkeitsrecht in seiner Ausprägung als Recht der informationellen Selbstbestimmung darstelle. Die Maßnahme diene der Vorbereitung von hoheitlichen Maßnahmen gegen Störer, lenke durch ihre Offenheit durch Abschreckung das Verhalten und das Gewicht der Maßnahme werde durch die Aufzeichnung erhöht, weil dadurch das gewonnene Material in vielfacher Weise ausgewertet und genutzt werden könne. Herausgestellt wird, dass die Videoüberwachung weit überwiegend Personen erfasse, die keinerlei Anlass schaffen, dessentwegen die Aufzeichnung veranlasst wird. Angesichts der Schwere des Eingriffs seien die genannten Normen des BayDSG nicht ausreichend konkret, um als Rechtsgrundlage der Maßnahmen zu dienen. Das BVerfG stellte klar, dass solche Aufnahmen dann verfassungsmäßig sein könnten, wenn sie sich auf eine hinreichend klare und bestimmte Ermächtigungsgrundlage stützten, für sie ein hinreichender Anlass bestünde und Überwachung und Aufzeichnung in räumlicher und zeitlicher Hinsicht und im Hinblick auf die Möglichkeit der Auswertung der Daten verhältnismäßig seien.

Damit sind der grenzenlosen Nutzung von Videoüberwachung höchststrichterlich ausdrückliche Grenzen gezogen. Denn abgesehen davon, dass festgestellt wurde, dass es sich vor allem bei aufzeichnenden Anlagen um einen schweren Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht handelt, der nach allgemeinen Grundsätzen (Gesetzesvorbehalt/Wesentlichkeitstheorie) einer ausreichenden gesetzlichen Grundlage bedürfe, hat

das Gericht auch die Aspekte dargelegt, die für die Beurteilung der Schwere des Eingriffs maßgebend sind. Diese Aspekte sind für jede Art der Videoüberwachung, gleich von wem veranlasst, gültig. Denn auch soweit sich etwa in § 6b BDSG oder in Landespolizeigesetzen (z.B. § 15a PolG NRW) ausreichend konkrete Ermächtigungsgrundlagen finden sollten, ist immer eine Abwägung der beteiligten Interessen erforderlich, die dazu führen kann, dass eine Videoüberwachung im konkreten Fall unzulässig ist.

#### D. Datenschutz beim Deutschlandradio

##### I. Ausstattung mit eigenen finanziellen Mitteln

Seit dem Wirtschaftsjahr 2005 verfügt der Datenschutzbeauftragte über ein eigenes bescheidenes Budget, aus dem die für sein Amt anfallenden Kosten für z.B. Reisen, externe Beratungen und Literatur abgedeckt werden können. Diese Ausstattung mit eigenen Mitteln trägt der Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten, wie sie durch den Staatsvertrag vorgegeben ist, Rechnung.

##### II. Veröffentlichung des Datenschutzberichts

Im letzten Bericht war dargelegt worden, dass sich die EU-Kommission aufgrund einer Beschwerde mit der Veröffentlichungspraxis der Berichte der Datenschutzbeauftragten der öffentlichen-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland beschäftigte. Als Reaktion darauf werden nunmehr die aktuellen Berichte im Internetangebot der jeweiligen Anstalt an leicht auffindbarer Stelle veröffentlicht. Beim Deutschlandradio erfolgt die Veröffentlichung des aktuellen Berichts unter der Adresse: [www.dradio.de/wir/datenschutz](http://www.dradio.de/wir/datenschutz). Er ist von der Homepage über den Link „Wir über uns“ erreichbar.

##### III. Aktuelle Vorgänge im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum war der Datenschutzbeauftragte mit einer Vielzahl von Einzelvorgängen befasst, die in Anfragen zum Datenschutz, in Kontrollen bereits bestehender datenschutzrelevanter Abläufe und auch in der Beteiligung in der Planungsphase solcher Vorgänge bestanden. Einzelne Vorgänge sollen im Folgenden kurz angesprochen werden.

## 1. Dienstvereinbarung Internetnutzung

Im letzten Bericht wurde über die Einführung einer Dienstvereinbarung zur privaten Nutzung des Internets berichtet. Die Erfahrungen mit der Dienstvereinbarung sind positiv. Die Mitarbeiter akzeptieren die Regelungen und haben die individuellen Zustimmungserklärungen ganz überwiegend unterschrieben. Verstöße gegen die Dienstvereinbarung sind nicht bekannt geworden.

Eine Veränderung hat sich im Berichtszeitraum bei der Filterung von eingehenden E-Mails gegeben. Diese Filterung wurde bisher technisch in der Weise vorgenommen, dass eingehende Mails auf einem eigenen Server des Deutschlandradios gefiltert und ggf. als Spam „gestempelt“ wurden. Sie wurden dann in das persönliche Postfach des Nutzers zugestellt, der durch die Einrichtung eines eigenen Filters in Outlook entscheiden konnte, was mit den als Spam gekennzeichneten Mails geschehen sollte, ob sie also anstandslos gelöscht, einfach zugestellt oder in einen speziellen Ordner verschoben werden sollten, wo der Nutzer noch Zugriff darauf hat. Das hatte den Hintergrund, dass zunächst Erfahrungen gesammelt werden sollten, wie verlässlich die Spam-Erkennung funktioniert, wie oft insbesondere Mails fälschlich als Spam gekennzeichnet werden. Die Erfahrungen waren insoweit durchweg positiv. Von versehentlichen Falschkennzeichnungen ist nichts bekannt geworden. Um Probleme bei der Behandlung von Mails an Funktionsadressen, z.B. an den Hörserservice ([hoerserservice@dradio.de](mailto:hoerserservice@dradio.de)), zu beheben und die eigenen Server zu entlasten, erfolgt die Filterung der Spams inzwischen mit meiner Zustimmung auf einem Server bei unserem Dienstleister. Spams werden nicht mehr zugestellt, sondern gelöscht. Der Dienstleister ist durch eine eigens formulierte Klausel vertraglich auf bestimmte datenschutzrechtliche Regeln verpflichtet, die es ihm z.B. verbieten, Mailinhalte auszuwerten, Informationen an Dritte weiterzugeben oder ihn verpflichten, dem Datenschutzbeauftragten des Deutschlandradios jederzeit die Kontrolle vor Ort zu ermöglichen.

## 2. Videoüberwachung

An den Videoüberwachungsanlagen sind im Berichtszeitraum aufgrund baulicher Veränderungen ebenfalls Veränderungen vorgenommen worden.

a) Berliner Funkhaus

Im Berliner Funkhaus existieren weiterhin mehrere Anlagen, die die Außenhaut der Gebäude und den Eingangsbereich überwachen. Überwiegend sind die Kameras fest installiert und können nicht geschwenkt oder gezoomt werden, so dass der erfasste Bereich eingeschränkt ist. Auch der Innenhof, über den auch die Zufahrt und Anlieferung erfolgt, wird überwacht. Die Aufnahmen werden aufgezeichnet. Es ist insbesondere bei den Kameras, die den rückwärtigen Hof überwachen, nicht in jedem Fall klar, welchem Zweck sie überhaupt dienen. Das legt die Vermutung nahe, dass ein schutzwürdiges Interesse, das die Interessen der von den Kameras zufällig aufgenommenen Personen überwiegt, nicht besteht. Ich habe diese Bedenken gegenüber der Betriebsverwaltung geltend gemacht und um Aufklärung zum Zweck der Kameras gebeten. Sobald die entsprechende Stellungnahme vorliegt, muss eine abschließende Beurteilung erfolgen.

Die Web-Cam, die die Baustelle des Hörspielstudios abbildete, ist inzwischen wieder außer Betrieb genommen worden.

b) Kölner Funkhaus

Die im Kölner Funkhaus zur Zeit installierten Anlagen nehmen aktuell keine Aufzeichnungen mehr vor. Sie dienen ausschließlich der Kontrolle der Ein- und Ausfahrten. Die Bilder werden zu diesem Zweck ausschließlich in die Pfortnerloge übertragen. Eine Außenhaut- (Zaun-) Überwachung findet derzeit nicht statt.

Von Seiten des Hauses ist geplant, noch weitere Anlagen in Betrieb zu nehmen, die Notausgänge überwachen sollen, über die in der Vergangenheit vermutlich Diebstähle ausgeführt worden sind. Im Bereich des Flachbaus soll auch teilweise eine Überwachung der Außenhaut des Gebäudes vorgenommen werden. Überlegt wird zudem auch, eine Videoüberwachung der Hauseingänge in der Tiefgarage zu installieren.

Ich bin bereits Ende 2005 und damit frühzeitig in die Planungen einbezogen worden und habe eine Stellungnahme abgegeben. Wesentliche Grundsätze sind danach:

Gegen die Außenhautüberwachung in ihrem seinerzeit geplanten Umfang und beschränkt drauf bestehen keine Bedenken, obwohl das Haus bereits durch einen Zaun und Zugangskontrollen zum Grundstück gesichert ist. Denn von den Kameras werden nur in Ausnah-

mefallen überhaupt Personen aufgenommen (Fensterputzer u.ä.). Denn sie werden nur an der Rückseite des Gebäudes im Erdgeschoss installiert, das hier mehrer Meter über dem Erdboden liegt. Eine darüber hinaus gehende Überwachung der Außenhaut z.B. im Bereich der Tiefgarage dürfte hingegen unzulässig sein, weil dann einerseits regelmäßig Personen in das Blickfeld der Kameras gerieten und andererseits wegen der vorhandenen Zäune und Zugangskontrollen eine erheblicher Sicherheitszuwachs nicht zu verzeichnen wäre.

Die Überwachung der Zugänge erscheint unbedenklich, wenn keine Aufzeichnungen angefertigt werden und der Aufnahmebereich auf das nötige Mindestmaß beschränkt bleibt. Wünschenswert wäre, dass diese Kameras nur bei Betätigung eines Schalters (Rufknopf, Induktionsschleife) eingeschaltet werden.

Die Überwachung der Notausgangstüren wird auf meine Anregung nur einschalten, wenn von innen die Verriegelung geöffnet wird. Ansonsten besteht die Gefahr, dass ständig Personen aufgezeichnet werden. Daran besteht kein schutzwürdiges Interesse.

#### c) Dienstvereinbarung Videoüberwachung

Derzeit wird der Abschluss einer Dienstvereinbarung zur Videoüberwachung vorbereitet. Sie wird voraussichtlich neben dem eigentlichen Text insbesondere auch aus Anlagen bestehen, aus denen die Lage und verschiedene weitere auch datenschutzrechtlich relevante Angaben zu jeder einzelnen Kamera ersichtlich sind.

#### 3. Automatischer Einlass: Kartenlesegeräte.

Im Bereich der Zufahrten sind Kartenlesegeräte installiert worden, die außerhalb der Hauptdienstzeiten, wenn nur die zentralen Pfortnerlogen besetzt sind, die Zufahrt öffnen. Die Geräte nehmen keine Aufzeichnungen vor und übermitteln keine personenbezogenen Daten an andere Stelle, etwa zu den Pfortnern. Sie sind daher datenschutzrechtlich irrelevant.

#### 4. Internet Foren

Deutschlandradio betreibt unter der Adresse „euroblog.dradio.de“ ein Forum, in dem zu verschiedenen europäischen Themen Beiträge geschrieben, veröffentlicht und diskutiert werden können. An der Erarbeitung der Forenregeln, die sich auch mit der Handhabung

personenbezogener Daten beschäftigen und im Übrigen auf die allgemeine Datenschutzerklärung von dradio.de Bezug nehmen, war ich beteiligt.

#### 5. timeBase

Auf den unbefriedigenden Zustand des Systems timeBase war im letzten Bericht eingegangen worden. Inzwischen ist unter meiner Beteiligung eine neue Dienstvereinbarung verabredet worden, die den Ist-Zustand wieder vollständig beschreibt. Die Berechtigungen sind leider weiterhin in beiden Funkhäusern ganz unterschiedlich strukturiert, so dass sich weiterhin ein uneinheitliches und unübersichtliches Bild ergibt. Die Dienstvereinbarung sieht nunmehr die Benennung eines Systemverantwortlichen für jedes Funkhaus vor, der u.a. die Aufgabe hat, alle Angaben über die im Einzelnen erteilten Berechtigungen zu sammeln und diese zu jeder Zeit auf aktuellem Stand zu halten.

#### 6. Urlaubsanträge freier Mitarbeiter

Aufgrund mehrerer Anfragen aus dem Kreis der freien Mitarbeiter habe ich mich mit den Urlaubsanträgen für arbeitnehmerähnliche freie Mitarbeiter beschäftigt und dabei insbesondere beleuchtet, ob die dort abgefragten Informationen gefordert werden können, insbesondere weil sie zur Bearbeitung des Antrags erforderlich sind. Im Wesentlichen ist das zweifellos der Fall. Der freie Mitarbeiter stellt einen Antrag auf Leistung, nämlich die Gewährung von Urlaubsgeld. Da sich die Voraussetzungen dafür z.T. nicht aus den Unterlagen des Deutschlandradios ergeben, muss der Mitarbeiter sie erklären und belegen. Das zu fordern, ist auch dann zulässig, wenn sich andernfalls nur mit unverhältnismäßigem Verwaltungsaufwand ermitteln ließe, ob eine bestimmte Voraussetzung vorliegt.

Zweifel können allenfalls daran bestehen, ob es erforderlich ist, bereits auf dem Urlaubsantrag, das Einverständnis des freien Mitarbeiters zu fordern, den Steuerbescheid des Vorjahres auf Verlangen vorzulegen. Nach Auskunft der zuständigen Abteilung Honorare & Lizenzen wird der Steuerbescheid danach nur in ganz seltenen Ausnahmefällen tatsächlich noch angefordert. Das dient dann dazu zu prüfen, ob die Angaben, dass der Mitarbeiter tatsächlich den überwiegenden Anteil seines Einkommens beim Deutschlandradio erzielt hat, obwohl sein Gesamthonorar vom Deutschlandradio nur sehr gering war, plausibel sind.

Ich habe daher eine Änderung des Formulars angeregt, diese ist im Zuge der anstehenden Überarbeitung des Formulars vom Leiter der zuständigen Fachabteilung zugesagt worden.

#### 7. Adressliste im Programm

Aus einer Redaktion des Programms Deutschlandradio Kultur bin ich frühzeitig zu dem Projekt befragt worden, eine elektronische Adressliste mit Kontaktdaten und Angaben zu Fachgebiet und bisherigen Ämtern von Politikern, Experten und anderen Personen des öffentlichen Lebens anzulegen. Sie ist nur den Mitarbeitern der betreffenden Redaktion zugänglich. Es handelt sich dabei offensichtlich um Daten für journalistisch-redaktionelle Zwecke i.S.v. § 17 (1) Deutschlandradio-Staatsvertrag.

Die Datei enthält keine beurteilenden Äußerungen zu Personen. Zugriff haben nur Mitarbeiter der Redaktion, die Daten auch nur für eigene Programmmzwecke nutzen dürfen. Nur wenige definierte Personen sind technisch berechtigt, schreibenden Zugriff auf die Datei zu nehmen. Bei privaten Kontaktdaten muss sicher sein, dass der Betroffene mit der internen Weitergabe einverstanden ist.

#### 8. Verwendung von Hörerdaten für eigene Werbezwecke

Es bestand die Idee, Daten von Hörern, die Deutschlandradio über z.B. Anfragen dieser Hörer erhalten hat, zur Ansprache dieser Hörer zu bestimmten Themen zu verwenden. Ich habe dies für unzulässig erklärt, wenn der jeweilige Hörer nicht ausdrücklich der Zusendung solcher Informationen zugestimmt hat. Davon kann man aber nicht ausgehen, wenn z.B. jemand das Programmheft bestellt oder eine Frage zu einer Sendung zu einem bestimmten Thema gestellt hat. Die Idee wurde daraufhin nicht weiter verfolgt.

#### 9. Remotezugriff auf Ressourcen des Deutschlandradios

Jeder Mitarbeiter des Deutschlandradios hat die Möglichkeit auch von außerhalb des Hauses auf sein Postfach oder die Dateien zuzugreifen, die ihm auch bei seiner Arbeit im Funkhaus zur Verfügung stehen. Es stehen dabei verschiedene Wege zur Verfügung. Dabei handelt es sich einerseits um eine reine Webapplikation, die den Zugriff auf E-Mails und Kalender ermöglicht. Andererseits steht ein Zugang zur Verfügung, der Zugriff auf alle Ressourcen erlaubt, die dem jeweiligen Nutzer auch von seinem Arbeitsplatz aus zur



Verfügung stehen. Hier erfolgt der Zugang durch einen abgesicherten Tunnel, nachdem zunächst der Computer des Nutzers gemäß üblicher Kriterien überprüft und etwa ein Cachecleaner installiert wurde. Diese Wege stellen nach meinem Verständnis sichere Zugänge dar.

Problematisch erscheint allerdings die Authentifizierung. Diese bedürfte einer besseren technisch unterstützten Absicherung und entspricht nach meiner Beurteilung nicht dem Stand der Technik. Sie bietet nur mangelhaften Schutz gegen das Ausspähen des Passwortes, ob durch Blick über die Schulter, spezielle Programme oder die in modernen Browsern gegebene Möglichkeiten Formulardaten und Passwörter zu speichern.

Bei den vorhandenen Zugangsmöglichkeiten gibt es Time-outs, das heißt die Verbindung wird automatisch nach einer bestimmten Zeit der Inaktivität ohne Eingabe getrennt. Danach ist eine Neuansmeldung erforderlich. Je nach Zugang erfolgt die Abmeldung jedoch erst nach bis zu 24 Stunden und ist damit praktisch wirkungslos. Wenn man bedenkt, dass schon bei normalen Bürorechnern empfohlen wird, automatisch nach wenigen Minuten einen Passwort geschützten Bildschirmschoner einzuschalten (vgl. BSI, IT-Grundschutzkatalog, M 4.2: 15 Minuten), ist die Time-out Zeit beim externen Zugang bei weitem zu lang.

#### E. Datenschutz bei der GEZ

Die GEZ ist eine Gemeinschaftseinrichtung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik und hat keine eigene Rechtspersönlichkeit. Sie ist mit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der Teilnehmerdaten von mehr als 35 Mio. Rundfunkteilnehmern betraut.

In Fragen des Datenschutzes beim Gebühreneinzug ist der jeweilige Rundfunkdatenschutzbeauftragte der Landesrundfunkanstalt zuständig, in deren Sendegebiet der betreffende Teilnehmer seinen Sitz hat. In den Ländern Brandenburg, Berlin, Hessen und Bremen ist der jeweilige Landesdatenschutzbeauftragte zuständig. Deutschlandradio selbst betreibt - wie das ZDF - keinen Gebühreneinzug. Diese Aufgabe haben allein die Landesrundfunkanstalten inne. Insofern besteht auch keine Zuständigkeit des Datenschutzbeauftragten des Deutschlandradios für die Daten der Rundfunkteilnehmer. Die

betriebliche Datenschutzbeauftragte der GEZ ist jedoch Mitglied im Arbeitskreis der Datenschutzbeauftragten von ARD, ZDF und Deutschlandradio (AK DSB) und steht im ständigen Kontakt mit den Rundfunkdatenschutzbeauftragten. Die zahlreichen aus dem Gebühreneinzug ergebenden Fragen sind wesentlicher Teil der Beratungen innerhalb des AK DSB.

#### F. IVZ

Das Deutschlandradio ist beteiligt am Informationsverarbeitungszentrum (IVZ), das eine Gemeinschaftseinrichtung mehrerer Rundfunkanstalten ist. Beteiligt sind außerdem der NDR, MDR, Radio Bremen, SR und der rbb, bei dem das IVZ auch organisatorisch angesiedelt ist. Der Sitz des IVZ ist Potsdam. Das IVZ betreibt für Deutschlandradio nur verschiedene elektronische Archivsysteme, die sämtlich ausschließlich dem Programm dienen.

Für die datenschutzrechtliche Kontrolle sind die Datenschutzbeauftragten aller beteiligten Anstalten gemeinsam verantwortlich. Federführend ist die Datenschutzbeauftragte der Sitzanstalt, Frau Anke Naujock.

#### I. BSI Zertifizierung

Das IVZ bemüht sich um die Zertifizierung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), durch die die Einhaltung der datenschutz- und datensicherheitstechnischen Bestimmungen dokumentiert wird. Die Arbeiten sind sehr aufwändig und haben bereits zu verschiedenen Änderungen in den Abläufen beim IVZ geführt. Die Datenschutzbeauftragten der beteiligten Anstalten sind beteiligt und werden regelmäßig über den Fortschritt und die ergriffenen Maßnahmen informiert.

#### II. Dokumentenmanagementsystem

Seit Frühjahr 2007 sind beim IVZ Teile eines elektronischen Dokumentenmanagementsystems in Betrieb. In diesem kann auf selbst erstellte und von außen eingehende Dokumente, die gescannt werden, elektronisch zugegriffen werden. Die Datenschutzbeauftragte des rbb war im Wege der Vorabkontrolle an der Einführung beteiligt und hat

dabei u.a. festgestellt, dass ein ausreichender Zugangsschutz gegeben ist und es ein angemessenes differenziertes Berechtigungskonzept gibt.

## G. Informationsaustausch

### I. KIT-Sitzungen

Im Berichtszeitraum habe ich regelmäßig an den Sitzungen der Koordinierungsgruppe innovative Techniken (KIT) teilgenommen. Dies ist ein internes Gremium, das durch die Rahmendienstvereinbarung zur Einführung innovativer Techniken errichtet wurde und der Abstimmung zwischen Geschäftsleitung und Personalrat bei Einführung oder Änderung von Datenverarbeitungssystemen dient. Die Treffen bieten auch für den Datenschutzbeauftragten, der ein Recht zur Teilnahme hat, die Möglichkeit, sich rechtzeitig über neu einzuführende Technologien zu informieren, die unter Umständen auch datenschutzrechtliche Bedeutung haben können. Es kann dadurch sichergestellt werden, dass frühzeitig datenschutzrechtliche Belange berücksichtigt werden können.

Trotz entsprechender Bitten in der Vergangenheit sind mir allerdings weiterhin nicht in jedem Fall alle notwendigen Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt worden. Das scheint sich nunmehr zu ändern.

### II. AK-DSB

Im Berichtszeitraum habe ich weiterhin regelmäßig an den Sitzungen des Arbeitskreises des Datenschutzbeauftragten der Rundfunkanstalten von ARD, ZDF und Deutschlandradio teilgenommen. Es stellt dies ein wichtiges Forum zum Austausch von Meinungen und Informationen über Vorgänge dar, die alle Rundfunkanstalten betreffen oder die jedenfalls auch für andere Rundfunkanstalten von Interesse sind, weil sich dort vergleichbare Problemstellungen ergeben.

Themen der Sitzungen im Berichtszeitraum waren unter anderem:

- Datenschutzgesetzgebung und Rechtsprechung
- Informationsfreiheitsgesetze der Länder/Auflistung des Standes der jeweiligen Gesetzgebungsverfahren

- Klage beim EuGH gegen Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung
- Vorgesehene Änderungen beim Melderecht
- Aktuelles von anderen Kontrollinstanzen
- Datenschutz bei ARD, ZDF und Deutschlandradio
- Veröffentlichung der Tätigkeitsberichte der Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz
- Geplante Grundverschlüsselung bei ASTRA
- Wirtschaftsjournalisten als Insider (Verpflichtungserklärungen)
- Einzelverbindungs nachweis
- VPN-Zugänge
- Übertragung der Reisekostenabrechnungen, Vereinbarung einer Datenschutzklausel im Vertrag mit BCD Travel
- AK Medien
- Elektronische Bewerbungen
- Rundfunkteilnehmerdatenschutz
- Jugendlichen-Mailing
- Stellungnahme zum Prüfbericht der GEZ-Prüfung
- NP-Datenbank
- Historie-Löschkonzept
- Beratung der AG „Zukunft der Rundfunkgebühr“
- Elektronisches Formular für einen Befreiungsantrag
- Beseitigung der Probleme bei den Auskunftsmasken im Projekt DV 2005
- BDONAB – Zugriff von Unterbeauftragten
- Corporate Identity des AK DSB

Am 23./24.3.2006 hat erstmals das Deutschlandradio eine Sitzung des AK DSB ausgerichtet. Die Sitzung fand im Berliner Funkhaus des Deutschlandradios statt.

### III. Art. 29-Gruppe

Artikel 29 der EG-Datenschutzrichtlinie sieht die Einsetzung einer Europäischen Datenschutzgruppe vor, welche aus Vertretern der einzelnen Mitgliedsstaaten der EU besteht. Sie soll zu einer einheitlichen Anwendung der Datenschutzrichtlinie in den EU-Staaten

beitragen und generell die Kommission beraten. Der sog. Art. 29-Gruppe sitzt seit dem Jahr 2004 der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar vor. Seit Ende 2001 ist auch ein Vertreter des AK-DSB an der Arbeit der Art. 29-Gruppe beteiligt. Es handelt sich dabei um den Datenschutzbeauftragten des NDR, Herrn Maximilian Merten. Durch seine Beteiligung kann eine regelmäßige Information auch des Arbeitskreises über sich erst anbahnende Entwicklungen und Meinungsbildungen auf europäischer Ebene gesichert werden.

#### H. Schlussbemerkungen

Der Bericht zeigt, dass im Berichtszeitraum kein Anlass zu förmlichen Beanstandungen im Sinne des § 18 Abs. 5 DLR-StV bestand. Bereits in der Vergangenheit ist das der grundsätzlichen Sensibilisierung für datenschutzrechtliche Fragen in vielen Bereichen des Hauses zu danken aber auch dem Umstand, dass der Personalrat des Deutschlandradios dem Datenschutz - aus seiner eigenen Interessenlage heraus - besondere Aufmerksamkeit widmet und ihm dadurch zusätzliches Gewicht verleiht.

Weiterhin gelingt die rechtzeitige Einschaltung des Datenschutzbeauftragten nicht in jedem Fall. Jedoch ist es auch auf diesem Gebiet zu lobenswerten Verbesserungen gekommen, die die Erfüllung der Aufgaben des Datenschutzbeauftragten erheblich erleichtern und die Geltendmachung datenschutzrechtlicher Belange fördern. Vor allem kommt aber auch die frühzeitige Beteiligung auch dem jeweiligen Projekt selbst zu Gute, weil es so gelingen kann, bereits frühzeitig zu ermitteln, welche datenschutzrechtlichen Erfordernisse bestehen, so dass diese dann auch bereits zu einem Zeitpunkt berücksichtigt werden können, zu dem Änderungen noch leichter möglich sind.

Auch wenn es also langsam Verbesserungen bei der Akzeptanz datenschutzrechtlicher Belange zu geben scheint, bleibt es dabei, dass der Datenschutz ein mühsames Geschäft ist, das mit Nachdruck und Fingerspitzengefühl betrieben werden muss, damit er die Aufgabe erfüllen kann, die er zu erfüllen hat.

Angesichts der unaufhörlichen Forderungen, die unter der Überschrift der Terrorbekämpfung von verantwortlicher staatlicher Stelle erhoben und danach auch immer wieder weitgehend umgesetzt werden, erscheinen allerdings die datenschutzrechtlichen Fragen, die

im Deutschlandradio auftreten, zuweilen als eher marginal. Zu nennen sind hier z.B. die auch in diesem Bericht angesprochenen Entwürfe zur Vorratsdatenspeicherung und die geheime Onlinedurchsuchung („Bundes-Trojaner“). Zu erinnern ist aber auch z.B. an Forderungen zur Nutzung der bei der Erhebung der Autobahnmaut anfallenden Daten für Zwecke, die nichts mit der Autobahnmaut zu tun haben. Dies war zuvor immer kategorisch ausgeschlossen worden. Man denke auch an die Vorschläge zur Speicherung biometrischer Daten, die ursprünglich ausschließlich im Pass selbst enthalten sein sollten, nun aber auch außerhalb gespeichert und für Zwecke verwendet werden sollen, die nichts mehr mit dem ursprünglichen Ziel, die Fälschungssicherheit des Passes zu erhöhen, zu tun haben.

Datenschutz ist in solchen Zusammenhängen ein „verhöhntes Recht“ (Heribert Prantl). Tatsächlich schützt es aber nicht irgendwelche kalten Daten, sondern Persönlichkeit und Intimität der Bürger.

München, 2.10.2007

Dr. Stefan Frank